

DER LANDTAG SCHLESWIG - HOLSTEIN

25/2002

Kiel, 18. Februar 2002

Tagung des Landtages: CDU fordert die Entlassung von Finanzminister Claus Möller

Kiel (SHL) – Die **Entlassung des Ministers für Finanzen und Energie** Claus Möller fordert die CDU-Fraktion in einem Antrag (Drs. 15/1602), der zum Auftakt der dreitägigen 20. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages am **Mittwoch, 20. Februar**, eine Stunde lang debattiert werden wird. Hintergrund sind die Auseinandersetzungen um formelle Mängel bei der Vergabe eines millionenschweren Auftrages an eine Computer-Firma.

Es folgt die Zweite Lesung des **Landesbodenschutz- und Altlastengesetzes**. Hierzu hat der Umweltausschuss mehrheitlich eine Beschlussempfehlung abgegeben (Drs. 15/1545), die einige Änderungen gegenüber dem Entwurf der Landesregierung enthält.

In Erster Lesung wird anschließend über die **Änderung des Tierkörperbeseitigungsgesetzes** (Drs. 15/1543) beraten. Mit der von der Landesregierung vorgeschlagenen Änderung soll der Tierseuchenfond die Möglichkeit zur Leistung von Abschlagszahlungen an die Tierkörperbeseitigungsanstalten erhalten. Eine weitere Gesetzesänderung sieht vor, dass die Kosten für die Beförderung von Verdachtsproben (z.B. BSE-Tests) geltend gemacht werden können. Mehrbelastungen für die Landwirtschaft aufgrund dieser Regelung schließt die Landesregierung nicht aus.

Ein Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur **Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes (MVollzG)** steht danach zur Ersten Lesung an (Drs. 15/1544). Vorgeschlagen wird, erkennungsdienstliche Maßnahmen bei

Gefangenen dann durchzuführen, wenn Fluchtgefahr besteht oder wenn Vollzugslockerungen gewährt werden. Erlaubt werden sollen die Abnahme von Finger- und Handflächenabdrücken, die Aufnahme von Lichtbildern, die Feststellung äußerlicher körperlicher Merkmale und Messungen.

Auch das **Straßen- und Wegebaugesetz** will die CDU-Fraktion geändert wissen: In Erster Lesung wird über einen Entwurf beraten (Drs. 15/1592), der den Gemeinden das Recht einräumen soll, den Konsum von Alkohol, das Betteln und das Fotografieren unbedeckter Kinder auf Gemeinde- sowie Kreis- und Landesstraßen innerhalb der Ortsdurchfahrten zu verbieten.

Nach der Mittagspause geht es weiter mit **Medienpolitik**. Zum einen berät der Landtag über die Umsetzung des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrages in Landesrecht. Hierzu liegt ein Entwurf der Landesregierung vor (Drs. 15/1561). Dabei geht es unter anderem um die Förderung der rundfunkrechtlichen Innovation „**Digitales terrestrisches Fernsehen (DVB-T)**“. Zum Stand der Einführung dieser Neuerung berichtet die Landesregierung zugleich (Drs. 15/1562) auf Antrag der Regierungsfaktionen dem Landtag. Die Landesregierung unterstützt darin die Einführung dieses Angebotes, weil es den mobilen Empfang ermöglicht und mit geringem Installationsaufwand verbunden ist. Für die Haushalte entstehen außerdem keine zusätzlichen laufenden Kosten für die Übertragungsleistung.

An die Bundespolitik richtet sich ein Antrag der CDU-Fraktion **zur Förderung des Sports** (Drs. 15/1600). Die Landesregierung wird darin aufgefordert, sich beim Bund stark zu machen, damit ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) von Jugendlichen auch im Sportbereich durchgeführt werden kann.

Die **Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaus in Schleswig-Holstein** fordert die FDP-Fraktion. Als erster Schritt sollen die Staatlichen Umweltämter bis Ende 2004 aufgelöst werden. Dies soll sich bereits in der **Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie** (Drs. 15/1567) niederschlagen. In dem angeforderten Bericht der Landesregierung heißt es, dass das zweistufige Organisationskonzept in Schleswig-Holstein bereits weitgehend umgesetzt sei (Drs. 15/1565).

Um den **Wert der Provinzial** geht es anschließend im Landtag. Die FDP-Fraktion hat einen Antrag vorgelegt (Drs. 15/1541), gemäß dem die Landesregierung über die Ergebnisse des unabhängigen Wertgutachtens für die Provinzialversicherung berichten soll. Dieses Gutachten hatte der Landtag im Mai vergangenen Jahres einstimmig gefordert. Ein weiterer FDP-Antrag befasst sich mit der möglichen **Transrapid-Verbindung Amsterdam-Hamburg-Berlin** (Drs. 15/1570). Die Landesregierung soll ihre Haltung dazu erläutern.

Am **Donnerstag, 21. Februar**, geht es zunächst um Europa: Der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Entscheidungen des **Europäischen Rates von Laeken** (Drs. 15/1575) begrüßt insbesondere die darin vorgesehene Einberufung eines Konventes. Konventsmitglieder seien überwiegend Parlamentarier, was zu in den Ländern zu höherer Akzeptanz führe. Die CDU-Fraktion fordert in ihrem Antrag dazu (Drs. 15/1578) einen Bericht der Landesregierung über die vorgesehenen institutionellen Reformen und ihre Haltung dazu. Die Landesregierung geht darauf bereits in ihrem erstmals dem Landtag vorgelegten **Europabericht 2001** ein (Drs. 15/1517). Gegenstand sind sowohl Schwerpunkte der politischen Entwicklung der Europäischen Union als auch wichtige europapolitische Entwicklungen des vergangenen Jahres. Im umfangreichen Anhang des über 80-seitigen Berichts werden ausgewählte Schwerpunkte der Landesregierung dargelegt.

Eine **Reform der Arbeitsverwaltung** unter dem Motto „**Vermitteln statt verwalten**“ will die FDP umgesetzt sehen (Drs. 15/1573). Daher fordert sie von der Landesregierung eine Bundesratsinitiative für die Neustrukturierung der Arbeitsverwaltung und -vermittlung. Ziel ist eine Dezentralisierung und Regionalisierung der Arbeitsvermittlung über Dienstleistungsagenturen vor Ort.

Anschließend befasst sich der Landtag auf Antrag der CDU-Fraktion mit dem **Schutz junger Menschen vor fortschreitender Verschuldung** (Drs. 15/1598). Demnach soll die Landesregierung zur 23. Tagung des Landtages im Juni ein Maßnahmenkonzept gegen die fortschreitende Verschuldung Jugendlicher vorlegen.

Mehr **Schutz und Hilfe für Opfer von Straftaten** erhofft sich die CDU-Fraktion von einer Landesstiftung „Opferschutz“, zu deren Gründung sie

die Landesregierung in einem Antrag auffordert (Drs. 15/1579), der vom Parlament beraten wird.

Am Nachmittag setzt der Landtag seine Beratungen fort und debattiert auf Antrag der FDP-Fraktion über das **NPD-Verbotsverfahren** (Drs. 15/1571). Die FDP fordert die Landesregierung auf, im Wege einer Bundesratsinitiative darauf hinzuwirken, dass der Verbotsantrag zurückgezogen wird.

Einen Bericht der Landesregierung über ihre **Tourismuskonzeption** fordern alle Fraktionen des Landtages und der SSW in einem gemeinsamen Antrag (Drs. 15/1582). Der in der laufenden Sitzung zu gebende Bericht soll unter anderem auf die Strategien der Förderung und Finanzierung des Tourismus in Schleswig-Holstein eingehen.

Ebenfalls in der laufenden Sitzung soll die Landesregierung über die **Situation der BSE-Testlabore** im Lande berichten. Dies fordern die Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW (Drs. 15/1591) und fragen insbesondere nach der Leistungsfähigkeit der hiesigen Testlabore.

Danach geht es um den Schienenpersonennahverkehr (**SPNV**) und den Öffentlichen Personennahverkehr (**ÖPNV**) **im holsteinischen Teil der Metropolregion Hamburg**. Ein Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 15/1594) fordert die Landesregierung auf, gemeinsam mit der Regierung Hamburgs Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG und ihren regionalen Tochterunternehmen aufzunehmen. Ziel ist die Stärkung der Nahverkehrsverbindungen (U-Bahn, S-Bahn).

Letzter Punkt am Donnerstag ist die auf Bundesebene geplante **Maut für den Schwerlastverkehr**. Die CDU-Fraktion fordert in ihrem Antrag dazu (Drs. 15/1597) unter anderem, die eingenommenen Mittel zum Ausbau der Straßen- und Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Am **Freitag, 22. Februar**, steht zunächst eine **Aktuelle Stunde** auf dem Programm: Die FDP-Fraktion hat sie beantragt, um über die Zusage der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Rat der Finanzminister in der Europäischen Union zu diskutieren, wonach der Staatshaushalt 2004 ausgeglichen gestaltet sein soll. Debattiert werden soll über die Auswirkungen auf die Finanzplanung in Schleswig-Holstein und über den eingeforderten Bericht von der Finanzministerkonferenz am 21. Februar 2002.

Schwellenwerte für Produkte aus gentechnisch veränderten Pflanzen (GVP) sind das Thema eines Antrages der CDU-Fraktion (Drs. 15/1599), der anschließend beraten wird. Demnach soll die Landesregierung sich beim Bund dafür einsetzen, dass die europaweiten Schwellenwerte für eine Kennzeichnungspflicht bei Lebens- und Futtermitteln sowie Saatgut nicht unter 1 % festgelegt wird. Außerdem soll die Forschung verstärkt werden, um Nachweistechiken zu verbessern und Verfahren für Probeentnahmen zu entwickeln.

Der 7. Internationale **Aktionstag gegen Lärm** (Noise Awareness Day) am 24. April dieses Jahres soll auch in Schleswig-Holstein zur Lärmminde rung genutzt werden. Das fordert die CDU-Fraktion in ihrem Antrag zur Landtagssitzung (Drs. 15/1604). Demnach soll die Landesregierung dazu ein Bürgertelefon einrichten. Die FDP-Fraktion hingegen will nicht über den CDU-Antrag diskutieren, sondern mit dem Landtag eine Schweigeminute einlegen (Drs. 15/1618).

Eine einstimmige Beschlussempfehlung hat der Innen- und Rechtsausschuss zur **Bundesrichterwahl** abgegeben (Drs. 15/1445). Die Landesregierung soll demnach darauf hinwirken, dass Bundesrichterstellen öffentlich ausgeschrieben werden. Zudem soll der Richterwahlausschuss um Richterinnen und Richter sowie Vertreterinnen und Vertreter der Bundesanwaltschaft erweitert werden.

Die **Finanzielle Lage der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)** ist Gegenstand eines Berichtes der Landesregierung (Drs. 15/1486), der anschließend beraten wird. Es geht dabei um die Neuregelung der Zusatzversorgung für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, die tarifvertraglich festgelegt ist. Das bisherige System drohte aufgrund verschiedener Faktoren zusammen zu brechen (3,5 Mrd. DM Defizit). Daher vereinbarten die Tarifparteien im November vergangenen Jahres ein neues Betriebsrentensystem in Form eines Punktemodells, das im Bericht der Landesregierung erläutert wird.

Letzter Punkt der 20. Tagung ist ein Bericht der Landesregierung über die **Olympia-Bewerbungen** schleswig-holsteinischer Städte für die Sommerspiele 2012/2016 (Drs. 15/1566).

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen; die angemeldeten Redezeiten gelten für die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter der Ausschüsse:

TOP		Bericht- erstattung
3	Gesetz zur Ausführung der Insolvenzordnung (Drs. 15/1586)	5
4	Änderung des Landesmeldegesetzes (Drs. 15/1587)	5
14	Bericht zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (Drs. 15/1542)	-
15	Energiepolitik und Klimaschutz (Drs. 15/1563)	-
17	Umsetzung der Modulation in der Landwirtschaft (Drs. 15/1568)	-
26	Außenwirtschaftsbericht (Drs. 15/1593)	-
28	Kinder- und Jugendbeauftragte (Drs. 15/1595)	-
29	Bericht über die Gewinnung von Lehrkräften (Drs. 15/1596)	-
38	Stellungnahme im Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (Drs. 15/1516)	5
40	Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (Drs. 15/1518)	5
41	daughter's day	5
42	Entwicklung der Nebentätigkeit	5
46	32. Rahmenplan für den Hochschulbau	-
47	Tätigkeit des Eingabenausschusses	5
48	Brandschutz an Kindergärten und Schulen	5
49	Sicherheitsmaßnahmen auf kleineren Flughäfen	5

Ablauf und Beratungszeiten der 20. Tagung

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
1	Aktuelle Stunde - Freitag 10:00 Uhr -								90
2	Zweite Lesung Landesbodenschutz- und Alt- lastengesetz (Reg.)	5	5	5	5	5	5	5	35
3	Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung (Interfraktionell)	5	- ohne Aussprache -						5
4	Gesetz zur Änderung des Lan- desmeldegesetzes (Reg.)	5	- ohne Aussprache -						5
5	Erste Lesungen Änderung des Kommunalabga- bengesetzes und des Landes- abfallwirtschaftsgesetzes (SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN sowie SSW)	- Absetzung von der TO vorgesehen -							
6	Änderung des Tierkörperbesei- tigungsgesetzes, des Fleischhy- gienegesetzes und des Geflü- gelfleischhygienegesetzes (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
7	Änderung des Maßregelvoll- zugsgesetzes (CDU) - nicht am Freitag -	-	5	5	5	5	5	5	30
8	Gesetz zur Änderung rundfunk- rechtlicher Vorschriften (Reg.) - mit TOP 43 - Mittwoch 15:00 Uhr -	-	5	5	5	5	5	10	35
9	Gesetz zur Änderung des Stra- ßen- und Wegegesetzes (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
10	Große Anfragen Situation der Justiz in Schleswig- Holstein (FDP)	- Absetzung von der TO vorgesehen -							
11	Ziele und Instrumente des Natur- schutzes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	- Absetzung von der TO vorgesehen -							
12	Anträge Zweistufigkeit des Verwaltungs- aufbaues (FDP) - mit TOP 16 und 44 -	-	10	10	10	10	10	10	60
13	Wert der Provinzial	-	5	5	5	5	5	5	30

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
14	Bericht zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (SSW)	- ohne Aussprache -							
15	Energiepolitik und Klimaschutz (FDP)	- ohne Aussprache -							
16	Umsetzung der EU-Wasser- rahmenrichtlinie (FDP)	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Bericht zur Umsetzung der Mo- dulation in der Landwirtschaft (SSW)	- ohne Aussprache -							
18	Transrapidverbindung Amster- dam - Hamburg - Berlin (FDP)	-	5	5	5	5	5	5	30
19	NPD-Verbotsverfahren (FDP) - Donnerstag 15:00 Uhr -	-	10	10	10	10	10	10	60
20	Reform der Arbeitsverwaltung (FDP) - nicht am Freitag -	-	10	10	10	10	10	10	60
21	Europäischer Rat Laeken (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - mit TOP 22 und 39 - Donnerstag 10:00 Uhr -	-	10	10	10	10	10	10	60
22	Bericht über den Europäischen Rat von Laeken (CDU)	-	-	-	-	-	-	-	-
23	Schutz und Hilfe für Opfer von Straftaten (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
24	Tourismuskonzeption (Interfraktionell)	-	5	5	5	5	5	5	30
25	Situation der BSE-Testlabore (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN und SSW)	-	5	5	5	5	5	5	30
26	Außenwirtschaftsbericht (CDU)	- ohne Aussprache -							
27	SPNV-/ÖPNV-Maßnahmen zur Minderung des motorisierten Individualverkehrs (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
28	Kinder- und Jugendbeauftragte (CDU)	- ohne Aussprache -							
29	Bericht über die Gewinnung von Lehrkräften (CDU)	- ohne Aussprache -							
30	Einführung einer Maut für den Schwerlastverkehr (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
31	Schutz junger Menschen vor Verschuldung (CDU) - nicht am Freitag -	-	5	5	5	5	5	5	30
32	Schwellenwerte für Produkte aus gentechnisch veränderten Pflan- zen (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30

Reihenfolge der Beratung der 20. Tagung

Hinweis:

Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemeldete Redezeit	Vorauss. Be- ginn der Bera- tung
Mittwoch, 20. Februar 2002			
34	Entlassung des Ministers für Finanzen und Energie	60	10:00
2	Landesbodenschutz- und Altlastengesetz	35	11:00
6	Änderung des Tierkörperbeseitigungsgesetzes	30	11:35
7	Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes	30	12:05
9	Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes	30	12:35
8, u.43	Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften und Ein- führung von DVB-T	35	15:00
33	Förderung des Sports	30	15:35
12, 16 u.44	Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaues und Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie	60	16:05
13	Wert der Provinzial	30	17:05
18	Transrapidverbindung Amsterdam - Hamburg- Berlin	30	17:35
Donnerstag, 21. Februar 2002			
21, 22, u.39	Bericht über den Europäischen Rat von Laeken und Europabericht 2001	60	10:00
20	Reform der Arbeitsverwaltung	60	11:00
31	Schutz junger Menschen vor Verschuldung	30	12:00
23	Schutz und Hilfe für Opfer von Straftaten	30	12:30
19	NPD-Verbotsverfahren	60	15:00
24	Tourismuskonzeption	30	16:00
25	Situation der BSE-Testlabore	30	16:30
27	SPNV-/ÖPNV-Maßnahmen zur Minderung des motori- sierten Individualverkehrs	30	17:00
30	Einführung einer Maut für den Schwerlastverkehr	30	17:30
Freitag, 22. Februar 2002			
1	Aktuelle Stunde	90	10:00
32	Schwellenwerte für Produkte aus gentechnisch verän- derten Pflanzen	30	11:30
35	„Tag der Ruhe“ – gegen Lärm	30	12:00
36	Bundesrichterwahl	30	12:30
37	Finanzielle Lage der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	30	13:00
45	Austragungsort für die Olympischen Spiele	30	13:30

Herausgeber: Pressestelle des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel,
Postf. 7121, 24171 Kiel, Tel.: (0431) 988- Durchwahl -1163, -1121, -1120, -1117, -1116, Fax: (0431) 988-1119
V.i.S.d.P.: Dr. Joachim Köhler, Annette Wiese-Krukowska, E-Mail: Joachim.Koehler@landtag.ltsh.de
Internet: www.sh-landtag.de – Presseinformationen per E-Mail abonnieren unter www.parlanet.de/pressticker